Arbeitsmarkt, Familienpolitik, Niedriglöhne : Arbeitsintegration aus anderen Blickwinkeln betrachtet

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **97 (2000)**

Heft 6

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840582

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

gen geht oder um Bildungsfragen, um Arbeitsmarktmassnahmen. Ebenfalls von Belang sind beispielsweise für Familien die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und deren Kosten. Nur dann kann sie die nötige Schubkraft entwickeln, um Menschen den Weg aus der Sozialhilfe zu eröffnen.

Die SKOS wird ihre Richtlinien im Hinblick auf neue finanzielle Anreize überprüfen und ihren Beitrag dazu leisten, Menschen den Weg aus der Sozialhilfe in die Arbeit zu erleichtern. Sozialhilfe darf nicht zur Armutsfalle werden. Aber ob sie dies wird oder nicht, hängt nicht allein von ihr ab. *Walter Schmid*

Arbeitsmarkt, Familienpolitik, Niedriglöhne

Arbeitsintegration aus anderen Blickwinkeln betrachtet

Arbeitsintegration ist in erster Linie die Aufgabe der Sozialhilfe vorgelagerter Bereiche wie der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaft, der Bildungs- und der Familienpolitik. Dazu einige Denkanstösse, zitiert aus den Beiträgen von Boris A. Zürcher, Rosmarie Ruder, Serge Gaillard und Ralph Lewin[1].

Ralph Lewin: Zwei Grundanforderungen an Anreizmodelle in der Sozialhilfe können plakativ wie folgt zusammengefasst werden:

1. Eigenleistung soll auch materiell belohnt werden.
2. Das Nichtstun soll bestraft werden.

«Der erste Ansatz zielt dahin, dass Menschen, welche durch Berufsarbeit, durch soziales Engagement, durch aktive Mitarbeit an ihrer Integration oder auf andere Weise ihre materielle Selbständigkeit zu erhalten oder zu fördern versuchen, mehr Mittel zur Verfügung haben sollen. Hier geht es also um Belohnung, um positive Motivation. Obwohl auch in der zweiten Forderung das Wort ‹Anreiz› häufig genannt wird, geht die Tendenz in die Richtung, einer bestimmten Gruppe in der Sozialhilfe die Leistungen zu kürzen. Das Motto heisst Strafe; die Motivation liegt in der Abschreckung.

Beiden Ansätzen ist gemeinsam, dass das bisherige Prinzip der einheitlichen Sozialhilfe mit voller Einkommensanrechnung aufgegeben werden muss. Entweder müssen neu unterschiedliche Sozialhilfeniveaus zur Anwendung kommen, oder das Einkommen darf nicht mehr voll angerechnet werden. Im Sinne der auch materiellen Anerkennung von Eigenleistungen wird sich wohl die Einführung eines Einkommensfreibetrages als sinnvoll erweisen, sei er absolut oder prozentual. Streng genommen widerspricht dies aber der reinen Lehre der Subsidiarität.»

Noch stellen sich Ralph Lewin heikle Fragen: Wie kann ein solches System, mit Bildung von Klientengruppen, willkürfrei gestaltet werden? Ein Einkommensfreibetrag lässt die Sozialhilfegrenze ansteigen, die Unterstützten bleiben länger sozialhilfeabhängig und die Differenz zu

[1] Boris A. Zürcher, Leiter des Ressorts Arbeitsmarktpolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft – Seco; Rosmarie Ruder, Geschäftsführerin der SKOS; Serge Gaillard, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes; Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes Basel-Stadt.

nicht unterstützten Erwerbstätigen mit niedrigen Löhnen wird wachsen. Aus politischer Opportunität dürften nicht überstürzt fragwürdige Anreizsysteme eingeführt werden, so Lewin,

Rosmarie Ruder: «Sozialpolitik hautnah» könnte das Beispiel der allein erziehenden Frau A. überschrieben werden. Die Verkäuferin zieht von der Stadt in die Landgemeinde im Nachbarkanton. Ihr Lohn in der Filiale des Grossverteilers bleibt gleich, und doch gerät Frau A. finanziell immer mehr vom Regen in die Traufe. Es gibt keine Sozialwohnungen; ihr neuer Mietzins ist höher. Die Kinderalimente werden nicht in gleicher Höhe bevorschusst und eine subventionierte Krippe fehlt, so dass die Kosten für die Kinderbetreuung deutlich steigen. Schliesslich muss sich Frau A. an die Sozialhilfe wenden. Die schlimmste Überraschung aber kommt mit der Steuerrechnung: Sie ist gegenüber früher mehr als doppelt so hoch. Die Steuern werden nicht ins Unterstützungsbudget eingerechnet und ihr auch nicht erlassen. Schliesslich zeiht Frau A. Bilanz: Obwohl sie gleich viel verdient wie früher, hat sich ihre Situation um 1'000 Franken im Monat verschlechtert und sie gerät in eine Schuldenfalle. Fazit: Löhne und Höhe der Sozialhilfeleistungen sind nicht allein ausschlaggebend. Wichtig sind ebenfalls indirekte Leistungen an Familien sowie die Steuerpolitik.

Boris A. Zürcher: Trotz der wirtschaftlichen Erholung und der erfreulichen Meldungen vom Arbeitsmarkt spürten die niedrig Entlohnten noch nicht viel vom Aufschwung. «In der Schweiz lohnt sich das Arbeiten.» Für diese Aussage sprechen aus der Sicht des Seco die sehr hohe Erwerbstätigenquote von 80 Prozent. Niedriglöhne kommen in bestimmten Branchen wie dem Gastgewerbe und zu Beginn des Erwerbslebens häufig vor. Alarmierend ist für Arbeitsmarktspezialisten nicht eine Niedriglohnphase an und für sich, entscheidend ist die Frage, ob die Betroffenen die Chance zu einem Aufstieg haben. Diese Chancen sind für AusländerInnen, Frauen, Beschäftigte in kleinen Betrieben und in ländlichen Gegenden geringer. Fehlende Grundqualifikationen können kurzfristig kaum aufgeholt werden. Deshalb haben eine solide Grundausbildung und die berufliche Integration der jungen Ausländergeneration für das Seco Vorrang vor Eingriffen in den Arbeitsmarkt. Lohnzuschüsse etwa könnten die Situation der Niedrig Entlohnten zwar verbessern, sollten aber nur zeitlich befristet eingesetzt werden, so Zürcher. Auf Dauer ausgerichtet wirkten sie wettbewerbsverzerrend und hielten Niedriglohnbranchen länger am Leben.

Serge Gaillard: Jede achte Person verdient in der Schweiz einen Nettolohn von weniger als 3'000 Franken. Die Zahl der Niedriglohnempfänger hat nicht zugenommen, aber die damit verbundenen Probleme. Gesetzliche Mindestlöhne sind in der Schweiz verpönt. Ob der Weg über die Gesamtarbeitsverträge (GAV) genügt, ist fraglich, denn nur 50 Prozent der Arbeitnehmenden sind einem GAV unterstellt und nicht alle GAVs kennen Mindestlöhne. Letztere sind nach Ansicht des SGB ein taugliches Instrument, um bessere Arbeitsbedingungen zu unterstützen. In zwanzig Jahren Forschung sei es, so Gaillard, nicht gelungen, das Killerargument, Mindestlöhne seien «wettbewerbsverzerrend» zu belegen. Einzig für junge Arbeitnehmende bis 24 Jahre könnte dies zutreffen. *cab*